

Frage des Tages

Muss die Stadt wegen Lärm gegen Shift Mode vorgehen?

Nachbarn beklagen sich über Lärm auf dem Shift-Mode-Areal – die Stadt hört weg. Muss sie durchgreifen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Braucht es einen Hundepark auf dem Marktplatz?



Kulturmacher verärgern Nachbarn

Anwohner beschwerten sich über notorischen nächtlichen Lärm am Klybeckquai



Ruhe vor dem Sturm. Auf dem vom Verein Shift Mode bespielten Areal finden nachts unbewilligte Musikveranstaltungen statt. Foto Jérôme Depierre

Von Serkan Abrecht

Basel. «Wenn die Leute von Shift Mode wenigstens all ihre Konzerttermine ankündigen würden, wüsste ich immerhin, wann ich nicht schlafen kann», sagt Caroline Kanzel* mit einer Spur Galgenhumor. Die junge Mutter wohnt mit ihrer Familie in einer Dachwohnung gleich gegenüber des früheren Migrol-Areals an der Uferstrasse 40. Dieses wird zurzeit vom Kulturverein Shift Mode bespielt – offenbar in unangemessener Lautstärke und gemäss den Anwohnern auch zu jeglicher Tageszeit. «Dass ein Konzert auf dem Areal stattfindet, erfahre ich oft erst um Mitternacht, wenn bei uns noch die Scheiben zittern», so Kanzel.

Schon seit einem Jahr versucht die Anwohnerin, die Lärmemissionen zu drosseln oder wenigstens die Veranstalter dazu zu bewegen, ihre Events anzukündigen – bislang erfolglos. Kanzel appellierte mehrfach an Katja Reichenstein oder Tom Brunner von Shift Mode, die Lautstärke herunterzuschrauben – erfolglos. Als sich die junge Mutter an Brunner wandte, schrieb dieser auf Facebook in ausfälliger Weise zurück, dass der Lärm von den Leuten auf dem Allmendareal ausgehe, die sich nicht

belehren lassen wollten. Kanzel besuchte daraufhin selber das Areal und musste, wie sie sagt, feststellen, dass der Lärm keineswegs vom Allmendgrund, sondern vom Areal von Shift Mode aus kam. Sie konfrontierte Brunner mit ihrer Beobachtung. Dieser antwortete ihr nicht mehr.

Keine Bewilligung

Nach zahlreichen ausgelassenen Partys, organisiert von Shift Mode, wandte sich Kanzel schliesslich an die Polizei. «Ich bin keine Wutbürgerin oder irgendwie politisch motiviert», sagt sie, «ich möchte einfach nur in Ruhe schlafen können.» Die Polizei erklärte Kanzel daraufhin, sie solle die Lärmüberschreitungen protokollieren und jeweils die Polizei kontaktieren.

Die Lärmemissionen dauerten an und nahmen mit den steigenden Temperaturen sogar zu. «Es ist manchmal nicht zum Aushalten. Ich habe in unserer Wohnung eine Lautstärke von 75 Dezibel gemessen – um 2 Uhr in der Nacht», sagt Kanzel. Sie habe sich daraufhin an das Amt für Umwelt und Energie (AUE) gewandt, um sich zu erkundigen, wie laut der Verein Shift Mode auf dem Areal feiern dürfe. Die Antwort überraschte Kanzel: Auf dem

Areal dürfe im Freien nur Hintergrundmusik gespielt werden, Shift Mode habe keine Bewilligungen für Musikveranstaltungen erhalten. Auf Nachfrage der BaZ bestätigte das AUE dies. «Es ist richtig, dass auf dem Klybeckquai mit Ausnahme von bewilligten Veranstaltungen ausschliesslich Hintergrundmusik im Freien gespielt werden darf. Auf dem Areal von Shift Mode, Uferstrasse 40, dürfen aktuell keine Musikveranstaltungen im Freien durchgeführt werden», erklärt der stellvertretende Amtsleiter Dominik Keller.

Guy Morin weicht aus

Die Stadtentwicklung, die Guy Morins Departement untersteht, ist verantwortlich für den Zwischennutzungsvertrag mit dem Kulturbetrieb Shift Mode. Deshalb reichte Kanzel bei Regierungspräsident Guy Morin persönlich ein Schreiben mit 32 Unterschriften von Bewohnern ein, für die der andauernde Lärm des Kulturbetriebs ebenfalls unerträglich ist.

Doch auch dieses Vorgehen fruchtete nicht. Die Bewohner am Altrheinweg und der Klybeckstrasse wurden weiter beschallt. Vom Präsidialdepartement erhielten die Anwohner vorerst keine Antwort. Dafür von Katja Rei-

chenstein, die sich über Facebook an Kanzel wandte: Sie sei enttäuscht, dass sich diese mit gesammelten Unterschriften direkt an die Regierung wende. Offenbar leitete das Präsidialdepartement die persönliche Nachricht an Morin direkt an Reichenstein weiter. Zwei Monate später antwortete Guy Morin Kanzel und verwies auf die Beschwerdehotlines von Shift Mode und den benachbarten Verein I_Land.

Bei Anruf: Combox

Vergangenes Wochenende kam es erneut zu lauten Konzerten auf dem Shift-Mode-Areal, die bis in die frühen Morgenstunden dauerten. Gleich mehrere Anwohner beschwerten sich bei der Polizei, da sich bei der Beschwerdehotline von Shift Mode nach Angaben der Anwohner ein Anrufbeantworter mit folgender Ansage meldete: «Dieser Anschluss ist ausser Betrieb, da momentan keine Veranstaltungen bei uns stattfinden.»

Die Anwohner finden es empörend und zynisch, mit einem automatischen Telefonbeantworter abgespielt zu werden. Sie wollen sich so lange bei der Polizei beschwerten, bis sich die Betreiber von Shift Mode an die Regeln halten. *Name geändert.

EVP gegen Suizidbeihilfe

Partei begrüsst Verbot für Ärzte

Von Boris Gygax

Basel. Die Basler EVP wehrt sich gegen eine Ausweitung der Suizidbeihilfen. Sie pocht auf die Einhaltung der Regeln der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) und verlangt von den Verantwortlichen, «dass sie das Einhalten ihrer eigenen Regeln durchsetzen und Zuwiderhandlungen sanktionieren».

Eine Motion zur Verpflichtung zur Suizidbeihilfe wurde im Grossen Rat kürzlich abgelehnt. Hintergrund: Das Felix-Platter-Spital sprach ein Verbot für seine Ärzte aus, Abklärungen über die Urteilsfähigkeit von demenzkranken Patienten durchzuführen, welche dieses Attest für einen begleiteten Freitod brauchen. Die EVP unterstützt demnach die Haltung des Spitals, die ihren Ärztenachwuchs «nicht zu Gutachten mit Todesfolge zwingen wollen».

In den FHM-Richtlinien wird festgehalten: «Suizidbeihilfe ist nicht gleich Sterbehilfe.» Die Ärztevereinigung setzt sich «aktiv für die Suizidprävention und für die Förderung der Palliativ-Medizin ein». Zudem sei die «Suizidbeihilfe keine ärztliche Tätigkeit. Jeder Arzt kann selbst entscheiden, ob auf eine Anfrage um Suizidbeihilfe oder Sterbehilfe im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eingetreten werden soll.»

Schliesslich empfiehlt die FMH, dass der Arzt «bei Personen mit psychischen Krankheiten von Suizidbeihilfe Abstand nimmt». Sie schlägt zudem vor, den medizinisch-ethischen Richtlinien der Schweizerischen Akademie für Medizinische Wissenschaften (Samw) zu folgen: «Diese Richtlinien sprechen klar für die palliative Betreuung von Kranken.» In Basel wird unter anderem auch auf die Palliativpflege gesetzt: Das Alters- und Pflegeheim Johanner wurde nun als erstes in diesem Bereich zertifiziert (siehe Seite 16).

Widerstand der Sterbehelfer

Erika Preisig ist längst aus der Samw ausgetreten, weil sie mit ihrer Tätigkeit gegen deren Richtlinien verstösst. Die Hausärztin und Präsidentin der Sterbehilfeorganisation Eternal Spirit hat in der BaZ angekündigt, gegen das Verbot des Felix-Platter-Spitals zu klagen. Wohl werden auch noch andere Organisationen mitziehen. Sie alle pochen auf die Freiheitsrechte der Patienten. Die Absicht, eine Freitodbegleitung in Anspruch zu nehmen, müsse zwar niemand akzeptieren, «aber jedermann muss sie dulden, denn die Rechtsordnung in unserem Lande erlaubt und will sie», sagte Dignitas-Gründer und Rechtsanwalt Ludwig A. Minelli dazu. Wer somit meine, diese nicht tolerieren zu müssen, setze sich «dem Ruch der Rechtswidrigkeit» aus. Exit liess verlauten, dass «die Ärzte ihre Behandlungspflicht erfüllen müssen». Das Felix-Platter-Spital begrüsst die juristische Klärung dieser strittigen Frage.

Jeder zehnte Kantonsmitarbeiter tappte in die Falle

Solothurn prüft EDV-Sicherheitsverhalten von Angestellten – auch die beiden Basel sind auf der Hut

Von Dina Sambar

Solothurn/Liestal/Basel. Das Angebot war verführerisch. Eine E-Mail pries den neuen Mitarbeiter-Onlineshop, bei dem alle Angestellten des Kantons Solothurn tolle Rabatte auf elektronische Geräte erhalten und sogar ein Telefon gewinnen können.

Alles, was man dafür tun musste, war, auf einen Link zu klicken und sich dort mit dem Benutzernamen und Passwort für den Geschäftsaccount einzuloggen. Rund ein Fünftel der Mitarbeiter folgte dem Link und 201 der 2246 Angeschriebenen, also fast zehn Prozent, gaben ihr Passwort ein.

Junge klicken eher

Den Onlineshop gibt es nicht. «Stattdessen könnte nun ein Angreifer im Besitz von sehr vielen Passwörtern von Mitarbeitenden des Kantons Solothurn sein», schreibt Thomas Burki, Vorsteher des Solothurner Amtes für Informatik und Organisation. Die E-Mail war keine sogenannte Phishing-Attacke, sondern Teil einer Sicherheitskampagne des

Kanton Solothurns, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für Hacker-Angriffe sensibilisieren soll. Dass zehn Prozent der Mitarbeiter trotz vorangehenden Warnungen keinen Verdacht schöpften und in die Falle taptten, erstaunt Thomas Burki nicht: «Bei anderen Dienststellen und Firmen, die denselben Test durchgeführt haben, lag die Quote im selben Rahmen.» Auch die vermutete Altersstruktur der Opfer habe sich bewahrt – je älter die Mitarbeiter, desto seltener sind sie auf die Phishing-Mail hereingefallen. «Die 20- bis 30-Jährigen klickten am häufigsten auf den Link. Erfahrungsgemäss gehen die Jungen relativ unbeschwert mit ihren Daten um», so Burki.

Was ihn jedoch sehr erstaunt, ist, dass sehr viele Mitarbeiter auf einen Phishing-Telefon-Trick hereingefallen sind, bei dem sich ein Unbekannter als IT-Beauftragter ausgab und per Telefon Informationen oder Handlungen verlangte: «30 Prozent klickten auf Verlangen einen Link an und installierten ein Update, obwohl sie um die Problematik wussten», so Burki. Als Erklärung gaben

die fehlbaren Mitarbeiter Pflichtbewusstsein an. Sie wollten den Mann bei seiner Arbeit nicht behindern.

Angriff geht über Mitarbeiter

In der Basler Kantonsverwaltung sind die Zentralen Informatik Dienste (ZID) die Vorreiter in Sachen Informationssicherheit. Zurzeit wird dort eine ISO-Sicherheitszertifizierung angestrebt, zu deren Voraussetzungen die jährliche Ausbildung der Mitarbeiter gehört. «Die Technik ist in den meisten Fällen verlässlich. Angriffe erfolgen deshalb über die Mitarbeiter», sagt Alpèr Zürcher, Sicherheitsbeauftragter bei den ZID. Um zu prüfen, ob das Gelernte im Tagesgeschäft umgesetzt wird, setzen die ZID auf aktive Überprüfung, wie beispielsweise eine Phishing-Mail ähnlich jener des Kantons Solothurn. Sämtliche Resultate fliessen kontinuierlich in den Sicherheitsprozess ein. Basierend auf den Erfahrungswerten der ZID wird das Sicherheitskonzept sukzessive in der gesamten Basler Kantonsverwaltung angewendet. Auch im Baselbiet ist man sich der Gefahr bewusst: «Die kan-

tonale Verwaltung hat eine Zunahme von Cyber-Risiken festgestellt und ist dieser Bedrohung täglich ausgesetzt», sagt René Kilcher, Leiter Zentrale Informatik in Liestal. Eine Aktion wie im Kanton Solothurn gab es in der Baslerbieter Verwaltung noch nicht, die Information der Anwender sei jedoch ein fester Bestandteil der Sicherheitsmassnahmen. «Je nach Dringlichkeit gehören dazu Mitteilungen auf dem Intranet, Warnungen per Mail, Anleitungen, E-Learning-Sequenzen, die jährliche Durchführung eines IT-Sicherheitstages oder auch spezifische Sensibilisierungskampagnen.»

In Solothurn plant man bereits weitere Awareness-Aktionen, bevor nächstes Jahr konkrete Massnahmen ergriffen werden. Der Grundschutz der Kantons-IT sei hoch – so werden von jährlich 25 Millionen Mails 20 Millionen als Spam oder Viren befallen ausgefiltert. Zudem sind sensible Bereiche durch weitere Passwörter geschützt. Doch wie Zürcher sagt auch Burki: «Wenn die Mitarbeiter nicht aufpassen, nützt die ganze Technologie nichts.»

ANZEIGE



Internationale Maturität
www.academia-international.ch
Telefon +41 61 260 20 80

Schweizerische Maturität
www.academia-gymnasium.ch
Telefon +41 61 260 20 26